

## **Informationen zur politischen Bildung, Geschichte der DDR, Folge 231, 2. Quartal 1991 (Auszug) S. 12 ff.**

### **Ausbau der Diktatur und Entwicklung nach dem 17. Juni 1953**

#### **Die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952**

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 verkündete Walter Ulbricht den "planmäßigen Aufbau des Sozialismus". Damit war eine weitere Angleichung an das sowjetische Vorbild gemeint. In CDU und LDP hatten sich durch gezielte Unterwanderung Politiker durchgesetzt, die die Politik der SED offen unterstützten. So war es kein Wunder, dass beide Parteien nach der 2. Parteikonferenz nun "die führende Rolle der SED" vorbehaltlos anerkannten. Aus selbständigen Volksparteien waren nach dem Vorbild von NDPD und DBD "Transmissionsriemen" der SED geworden. Diese Funktionen behielten die Blockparteien bis zur Wende 1989 bei. Ihre führenden Funktionäre bekannten sich uneingeschränkt zum Marxismus/Leninismus, gestalteten in Teilbereichen das diktatorische System mit und genossen die Privilegien der Führungsschicht. Inzwischen hatte die SED auch die Massenorganisationen, die politisch und personell von der SED gelenkt wurden, in ihrem Sinne weiterentwickelt. Auch sie unterstützten uneingeschränkt die SED-Diktatur.

#### **Die wirtschaftliche Situation Anfang der fünfziger Jahre**

Die wirtschaftlichen Rahmendaten des Aufbaus des Sozialismus steckte der erste, von der SED ausgearbeitete Fünfjahrplan ab. Dieser sah eine Steigerung der Industrieproduktion von 23 auf 45 Milliarden Mark vor. Die Erträge in der Landwirtschaft sollten um ein Viertel und das Volkseinkommen um 60 Prozent erhöht werden. Voraussetzung sollte eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 72 Prozent sein.

In den Jahren 1948 und 1949 hatte eine Welle von Enteignungen vor allem die privaten mittelständischen Betriebe getroffen. Grundlage bildete die von der Deutschen Wirtschaftskommission erlassene Wirtschaftsstrafverordnung. Viele der Enteignungsverfahren erfolgten in Form von Schauprozessen oder Schnellverfahren. Die Verordnung wurde auch später noch für Enteignungsaktionen genutzt, so für die als "Aktion Rose" bekannt gewordene Beschlagnahme der privaten Hotels und Pensionen an der Ostseeküste im Jahre 1953.

Die Zahl der Volkseigenen Betriebe (VEB) wuchs von 1764 in der Mitte des Jahres 1949 auf 5000 im Jahr 1950. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 900 000 im Jahr 1950 auf 1,7 Millionen im Jahr 1953. Die Bruttoproduktion wurde 1951 zu 79,2 Prozent von staatseigenen und genossenschaftlichen Betrieben erwirtschaftet. Die Bedeutung der VEB stieg Anfang der fünfziger Jahre durch den Verkauf verschiedener Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) an die DDR, die damit auch "volkseigen" wurden. 1951 beschäftigten die SAG noch 13 Prozent der Arbeitnehmer und erzeugten 32 Prozent der gesamten Produktion. Der Uran-Erzbergbau in der SAG "Wismut" sowie die Erzeugung von Stickstoff und synthetischem Kautschuk lagen völlig in sowjetischer Hand. 1952 wurden weitere 66 SAG-Betriebe an die DDR übergeben.

Bereits seit Juni 1951 verkündete die SED die Losung "Von der Sowjetunion Lernen heißt Siegen Lernen". Die gesamte Wirtschaftsentwicklung sollte sich nach den Prinzipien der sowjetischen Planwirtschaft entwickeln. Es wurde die Aufgabe verkündet, die angeblich von Stalin selbst entwickelten Formen der wirtschaftlichen Planung und der Methoden der Anleitung durch die kommunistische Partei zu studieren. Die Arbeiter standen diesen Neuerungen äußerst skeptisch gegenüber. Bis 1953 gelang es, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Durch die auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 bestätigte Konzentrierung auf die Schwerindustrie stieg zum Beispiel die Rohstahlerzeugung mit 2,1 Millionen Tonnen 1953 auf

das Doppelte des Vorkriegsniveaus. Auch in der Energiewirtschaft und in der chemischen Industrie konnte das Regime Erfolge vorweisen; allerdings ging dies alles auf Kosten der Konsumgüterindustrie. Der Lebensstandard war wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik. Fett, Fleisch und Zucker waren rationiert und wurden auf Marken abgegeben. Viele andere Güter gab es nicht oder kaum zu kaufen. Die Qualität war schlecht. Das Angebot in den HO-Läden war zwar reichhaltiger, aber für die meisten Menschen zu teuer. So kostete zum Beispiel 1 kg Schweinefleisch im HO-Laden 15 Mark (auf Marken 2,68 M) oder ein kg Butter 24 Mark (auf Marken 4,20 M). Der durchschnittliche Bruttoarbeitslohn eines Arbeiters lag 1951 unter 312 Ostmark und stieg bis 1955 für Arbeiter und Angestellte lediglich auf 345 Ostmark.

Die Wirtschaft blieb immer weiter hinter der Bundesrepublik zurück. War der Ausbau der Schwerindustrie in der unterentwickelten UdSSR sinnvoll gewesen, so erwies sich dieser Weg für die DDR nur bedingt als richtig. Anstatt die chemische Industrie in gleichem Maß zu modernisieren und die ebenfalls vorhandene Feinmechanik und Optik zu entwickeln, setzte die SED nach sowjetischem Vorbild einseitig auf den Ausbau von Kohle- und Stahlindustrie. Da die Kohle- und Stahlreviere im Ruhrgebiet und in Oberschlesien nicht mehr zugänglich waren, sollte die DDR von Importen möglichst unabhängig gemacht werden.

Während in der Bundesrepublik die Weichen in die wirtschaftliche Zukunft gestellt wurden, führte die SED in der DDR überholte stalinistische Strukturen ein und orientierte sich an der rückständigen UdSSR. Spätestens bei der Verkündung der "wissenschaftlich-technischen Revolution" in den sechziger Jahren erwiesen sich diese Entscheidungen als hemmend. Das Ziel der SED, den "Westen zu überholen, ohne ihn einzuholen", konnte so nicht erreicht werden. Die Planwirtschaftlich lähmte zudem alle Initiativen von Wirtschaftsfachleuten und Wissenschaftlern. Viele flohen in den Westen. Die falsche Wirtschaftspolitik vergrößerte die Nachteile, die die Wirtschaft im Bereich der DDR ohnehin hatte.

Während die Wirtschaft der Bundesrepublik im Rahmen des Marshall-Plans westliche Unterstützung erhielt, musste die DDR, die hohen Reparationen an die UdSSR nahezu allein leisten. Hinzu kam die Rohstoffknappheit, die das Land von Rohstoffimporten abhängig machte. Diese Importe waren wiederum nur durch wachsende Exportleistungen zu finanzieren.

## **Stalinismus**

Anfang der fünfziger Jahre erlebte die DDR die Blütezeit des Stalinismus. Die SED etablierte nach ihrer undemokratischen Machtergreifung unter dem Druck der Sowjetunion ein reaktionäres politisches System, das durch eine unbewegliche, hierarchisch aufgebaute politische Struktur, wirtschaftliche Unflexibilität, Terror gegen Andersdenkende und ideologischen Fanatismus gekennzeichnet war. Bestandteile dieses Systems waren die unkritische Verherrlichung der rückständigen Verhältnisse in der UdSSR und der Personenkult um Stalin. Der sowjetische Diktator wurde pseudoreligiös verehrt. Gedichte und Lieder priesen seine übermenschlichen Fähigkeiten.

Die SED und ihre "Bündnispartner" bauten ein System von Schulungen auf, bei denen die Werke Stalins gelesen werden mussten. Kaum ein wissenschaftliches Buch konnte erscheinen, das nicht die angeblichen wissenschaftlichen Leistungen des Diktators pries. Ideologische Ausbildung wurde wichtiger genommen als Sachverstand. Alle Positionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wurden mit stalinistischen Funktionären besetzt. Nach der Methode von "Kritik und Selbstkritik" sollten abweichende Meinungen herausgefunden und beseitigt werden. In der Kunst wurde jede moderne Richtung als "formalistisch" und "kosmopolitisch" verdammt. Nur der "sozialistische Realismus" als

Ausdruck einer "klassenbewussten" Haltung war erwünscht. Manche Bilder und Plastiken erinnerten dabei fatal an die Kunst der Nationalsozialismus.

In veränderter Form gab es Stalinismus bis zur Wende in der DDR. Der Name steht für den totalitären Charakter der marxistisch-leninistischen Diktatur, der keine vorübergehende, sondern eine permanente und immanente Erscheinung dieses System war und ist. Deswegen kann man auch nicht von der stalinistischen, also totalitären Entartung des kommunistischen Systems sprechen. Seinen besonderen Charakter erhielt das totalitäre System in den fünfziger Jahren durch seine Bezogenheit auf die Person Stalins.

### **Situation der Kirchen**

Mit der allgemeinen politischen Verfolgung ging auch ein Kampf der SED gegen die Kirchen einher. Der evangelischen Kirche, die im Rahmen der EKD noch bis 1969 gesamtdeutsch organisiert war, gehörten im "Kernland der Reformation" noch etwa 80 Prozent der Bevölkerung an. Die SED verkündete das baldige Absterben der Kirche, die ein Überbleibsel der alten Ausbeuterordnung sei. Allein im Frühjahr 1953 ließ die SED durch das MfS etwa 50 Geistliche, Diakone und Laienhelfer verhaften. Im ganzen Land gab es Aktionen gegen die "Jungen Gemeinden", die zu staatsfeindlichen Organisationen erklärt wurden. Die Abhaltung des Religionsunterrichtes an den Schulen wurde stark eingeschränkt. 1954 gab es den ersten Höhepunkt einer atheistischen Propagandawelle der SED. Im selben Jahr wurde die Jugendweihe wieder eingeführt. Vergeblich hatte die SED versucht, die evangelischen theologischen Fakultäten aus den Universitäten zu vertreiben (katholische Theologen wurden nur im Philosophisch-Theologischen Seminar in Erfurt, einer kirchlichen Einrichtung, ausgebildet). Hier hatte sich der CDU-Vorsitzende für ein Verbleiben der Fakultäten eingesetzt. Im Juni 1953 kam es zu einem ersten Übereinkommen zwischen dem Ministerrat der DDR und der Evangelischen Kirche über das Verhältnis von Staat und Kirche.

### **Auflösung der Länder und Schaffung der Bezirksstruktur**

Im Rahmen der allgemeinen Zentralisierung des Systems wurden Ende Juli 1952 die fünf Länder auf dem Gebiet der DDR aufgelöst und durch 14 (mit Ost-Berlin 15) zentralgeleitete Bezirke ersetzt. Damit hatte die SED auch die letzten Reste von Föderalismus und Selbstverwaltung beseitigt. Der Rat des Bezirkes und der Bezirkstag traten an die Stelle von Landesregierung und Landtag. Den Räten der Bezirke als den entscheidenden Verwaltungsorganen standen überall SED-Funktionäre vor. Für die SED vereinfachte sich damit die Anleitung und Kontrolle des Staatsapparates erheblich.

### **Der "Neue Kurs"**

Die rasche und formale Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells führte bald zu Problemen in der Wirtschaft und zu schnell wachsender Unzufriedenheit unter der Bevölkerung. Mangelwirtschaft, Preissteigerungen und politischer Terror waren allgegenwärtig. Durch weitere Zwangsmaßnahmen gegen Bauern, Selbständige und Intellektuelle verschlechterte sich die Stimmung. Die Fluchtzahlen schnellten in die Höhe. Am 5. März 1953 starb Stalin. Sowohl in der sowjetischen als auch in der SED-Führung kam es daraufhin zu Verunsicherungen über den politischen Kurs und zur Machtrivalitäten. Im Politbüro der SED versuchten Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt eine Veränderung der Diktatur durchzusetzen.

Unter dem Druck der Regierung der UdSSR beschloss das Politbüro der SED am 9. Juni 1953 einen "Neuen Kurs". Dieser wurde am 11. Juni 1953 von der Regierung der DDR übernommen. Die SED-Führung erklärte, Fehler gemacht zu haben. Mit dem "Neuen Kurs" würden diese nun ausgeräumt. Der Terror gegen die Bevölkerung, den die SED als "Klassenkampf" bezeichnete, sollte ebenso zurückgenommen werden wie die letzten

Preissteigerungen. Die SED versprach, zukünftig die Konsumgüterindustrie stärker auszubauen und mehr Rechtssicherheit für die Bürger zu schaffen. Die erst im Mai 1953 erhöhten Arbeitsnormen in der Industrie wurden jedoch nicht zurückgenommen. Die kritische Funktion, die in einer parlamentarischen Demokratie die Opposition übernimmt, musste in der SED-Diktatur also aus der Partei selbst kommen. Es gab daher keine tatsächlichen Alternativen.

### **Volksaufstand am 17. Juni 1953**

Die Erhöhung der Arbeitsnormen und die allgemeine Unzufriedenheit waren der Anlass für einen Streik von Arbeitern, die in Berlin damit beschäftigt waren, die Stalinallee nach sowjetischem Vorbild im "Zuckerbäcker-Stil" aufzubauen. Aus diesem Streik entwickelte sich schnell der vor allem von Arbeitern getragene Volksaufstand des 17. Juni 1953. An mehreren Hundert Orten kam es zu Streiks und Demonstrationen. Zentren der Volkserhebung waren die Großbetriebe Leuna, Buna, Wolfen, Hennigsdorf und die Industrieregionen Magdeburg, Jena, Gera, Brandenburg und Görlitz. An verschiedenen Orten stürmte die Bevölkerung die Zuchthäuser und befreite Häftlinge. In Magdeburg übernahm das Streikkomitee zeitweilig die Macht. Es kam zu Zusammenstößen mit der Volkspolizei.

Schnell wurden die anfangs wirtschaftlichen Forderungen durch politische ergänzt. Die Demonstranten forderten freie Wahlen und ein Ende des SED-Regimes. Die Regierung der DDR und die SED hatten die Ereignisse nicht mehr unter Kontrolle. Der Sturz der Regierung wäre unvermeidbar gewesen, hätte nicht der eigentliche Machthaber in der DDR, die UdSSR, eingegriffen. Das sowjetische Militär verhängte über den Ostsektor Berlins und Teile der DDR den Ausnahmezustand und ging mit Panzern gegen die Demonstranten vor. Die Zahl der Opfer ist bis heute nicht genau bekannt, nach Angaben der DDR-Regierung waren es 21 Tote. (Siehe auch M 15 bis M 19 auf Seite 60 f.)

Der Volksaufstand zeigte noch einmal deutlich, dass die von der UdSSR in einem Teil Deutschlands errichtete SED-Diktatur nur durch Waffengewalt und Terror entstanden war und sich auch nur auf diesem Wege halten ließ. Die SED bezeichnete den Volksaufstand als "faschistischen Putsch" und ging mit aller Härte gegen die Anführer der Demonstrationen vor. Fast 1400 Menschen wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Nach dem Aufstand konnte Walter Ulbricht seine Machtposition festigen. Auf Anweisung der Sowjets, die in Deutschland kein weiteres Risiko eingehen wollten, verloren Ulbrichts Gegner Zaisser und Herrstadt ihre Positionen und wurden aus der SED ausgeschlossen. Es folgte eine weitere "Reinigung" der SED von "feindlichen Elementen", denen man Passivität oder sozialdemokratische Ansichten vorwarf. Die Bevölkerung lernte aus der Niederschlagung des Aufstandes, dass die SED-Herrschaft auf diesem Wege nicht zu beseitigen war (Zum 17. Juni siehe auch M 34 auf Seite 64).

Angesichts der auch nach der Niederschlagung des Volksaufstandes andauernde Unzufriedenheit der Bevölkerung senkte die Regierung im Herbst 1953 die Preise in den HO-Läden um 10 bis 25 Prozent. Um ihre Macht in Deutschland nicht zu gefährden, beendete die UdSSR 1954 ihre Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion; die Kosten für die sowjetische Besatzung, die von den Deutschen selbst aufgebracht werden mussten, wurden auf fünf Prozent des Staatshaushaltes reduziert. Mit Ausnahme der Wismut-AG, die Uran für die UdSSR förderte, wurden nun die restlichen Sowjetischen Aktien-Gesellschaften (SAG) einschließlich der wichtigen Leuna-Werke an die DDR verkauft. Insgesamt musste die DDR 2,55 Milliarden Mark für den Rückkauf aufbringen. Trotz einer leichten Verbesserung der Lebensbedingungen flüchteten weiterhin Hunderttausende in die Bundesrepublik.

### **Parteitag der SED und Einheitslistenwahlen 1954**

Bereits der 4. Parteitag der SED im April 1954 deutete das Ende der Politik des "Neuen Kurses" an. Während in der UdSSR ein schrittweises Abrücken von den innenpolitischen Methoden Stalins zu registrieren war, blieb die SED sehr zögerlich. Ulbricht versuchte, die alten hierarchischen Herrschaftsstrukturen zu konservieren. Im Herbst 1954 fanden Einheitslistenwahlen (Erläuterungen siehe Seite 11 f.) zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen statt. Wie bereits 1950 gab es ein Ergebnis von fast 100 Prozent (99,45) für die Nationale Front unter Führung der SED. Die offene Abstimmung, ohne Benutzung der Kabinen, wurde zur Norm, von der abzuweichen gefährlich war. Von den 400 Abgeordneten der 1950 "gewählten" Volkskammer erhielten 180 wieder ein Mandat, acht waren vom MfS verhaftet worden, 17 in die Bundesrepublik geflohen, und 44 hatten auf Druck der SED oder der sowjetischen Besatzung ihr Mandat niederlegen müssen. Die Regierung wurde noch stärker als zuvor mit Vertretern der SED besetzt.

### **Wirtschaftliche Situation Mitte der fünfziger Jahre**

Im Zeitraum des ersten Fünfjahrplans (1951-1955) verdoppelte sich die Industrieproduktion. Die Arbeitsproduktivität stieg nach offiziellen Angaben um 55 Prozent, und der Plan wurde um fünf Prozent übererfüllt. In StalinStadt (nach der "Entstalinisierung" in Eisenhüttenstadt umbenannt) war "auf der grünen Wiese" das Eisenhüttenkombinat Ost errichtet worden. Neu errichtet wurde auch eine Großkokerei in Lauchhammer. Andere Stahl- und Kraftwerke wurden wesentlich erweitert. Durch den Ausbau der Schwerindustrie wollte man die Grundlagen für eine leistungsfähige Wirtschaft legen und zugleich von Importen unabhängig werden. Die Verstaatlichung der Industrie schritt schnell voran. Nur in den Bereichen Handwerk, Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie gab es noch einen erheblichen Anteil privater Betriebe. Trotz der Entwicklung blieb der Lebensstandard der Bevölkerung, die stets die Lebensverhältnisse ihrer Landsleute in der Bundesrepublik vor Augen hatte, niedrig.

### **Stalin-Note 1952 und Genfer Gipfelkonferenz 1955**

Die UdSSR verfolgte in ihrer Deutschlandpolitik zwei Optionen. Zum einen versuchte sie in der DDR eine kommunistische Diktatur nach eigenem Vorbild zu etablieren und zu sichern. Sie versuchte zum anderen aber auch ihren Machtbereich zu erweitern. Dem dienten immer neue Vorstöße Richtung Westen. Mit der Nationalen Front, durch die Blockparteien und über die Aktivierung der westdeutschen Öffentlichkeit versuchte die UdSSR, in der Bundesrepublik eine Volksbewegung zu inszenieren, die die Politik der Westbindung stören oder verhindern sollte. In einer als "Stalin-Note" bekannten Note der Regierung der UdSSR an die westlichen Alliierten vom 10. März 1952 schlug die UdSSR vor, unverzüglich Verhandlungen zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzunehmen. Nach dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages sollte Deutschland militärisch neutralisiert werden. Die westlichen Alliierten, die aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an einer Neutralisierung des ehemaligen Kriegsgegners, wohl aber an der Westbindung der Bundesrepublik interessiert waren, lehnten ab.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 verstärkte sich die Neigung der Bundesregierung in Bonn, jeden politischen Kontakt mit dem SED-Regime abzulehnen und zu verhindern. Kontakte gab es nur im Bereich des innerdeutschen Handels, an dem beiden Seiten Interesse hatten. Die kommunistische Politik wurde von allen demokratischen Parteien verurteilt und führte im August 1956 nach jahrelangen Prozessen in der Bundesrepublik zum Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht. Im Urteil wurde der KPD vorgeworfen, die Grundordnung der Bundesrepublik beseitigen zu wollen. Auch Publikationen aus der DDR waren im Westen verboten. Die SED ihrerseits versuchte, mit Aktionen wie "Ohne mich" oder "Deutsche an einen Tisch" die Bevölkerung im Westen Deutschlands gegen die Politik von Bundeskanzler Adenauer zu mobilisieren. Auf dem 4. Parteitag 1954 bekräftigte Ulbricht die

Politik der Wiedervereinigung durch Angleichung der Verhältnisse in der Bundesrepublik an die der DDR. Aussichten auf Erfolg hatten seine Bemühungen ebenso wenig wie damalige Versuche der Bundesregierung, die DDR durch eine Politik der Stärke aus dem sowjetischen Machtbereich zu lösen.

Das Jahr 1955 bedeutete in der Deutschlandpolitik einen Einschnitt: Auf der Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte (USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR) im Juli 1955 kam es wiederum zu keiner Einigung in der deutschen Frage. Daraufhin verkündeten die Sowjetführer Nikita S. Chruschtschow und Nikolaj A. Bulganin in Ost-Berlin die "Zwei-Staaten-Theorie", nach der eine Wiedervereinigung zukünftig nur durch Errichtung des Sozialismus in der Bundesrepublik möglich sein sollte.

Bereits im Mai 1955 war in der DDR aus der "Kasernierten Volkspolizei" die Nationale Volksarmee (NVA) geschaffen und die DDR in den Warschauer Vertrag eingebunden worden. Im September 1955 folgt der "Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR", der die DDR formal in die Unabhängigkeit entließ. Allerdings waren auch weiterhin Truppen der UdSSR wegen ihrer Rechte als Siegermacht des zweiten Weltkrieges und als Verbündete im Warschauer Vertrag in der DDR stationiert. Militärisch, politisch und wirtschaftlich intensivierte sich die Einbindung der DDR in den Ostblock. Am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei; wenige Monate später begann die Aufstellung der Bundeswehr. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich damit in beiden Teilen Deutschlands Armeen gegenüberstanden, die feindlichen Militärblöcken angehörten, schien jeder Gedanke an eine deutsche Einheit zu diesem Zeitpunkt unrealistisch.